

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 10. Dezember 1963

Blatt 2795

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Wohlfahrtswesen

=====

10. Dezember (RK) Am vierten Tag der Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) erstattete das Referat. Sie führte aus:

"Für das Jahr 1964 sind im Voranschlag für die Geschäftsgruppe IV abzüglich der Beträge für die Altersheime und die vier Erziehungsheime für Lehrlinge, die derzeit von der Geschäftsgruppe V betreut werden, 539,940.200 Schilling vorgesehen. Das sind um 21,870.600 Schilling mehr, als für das Jahr 1963 präliminiert waren, und gegenüber dem Voranschlag 1960, den ich die Ehre hatte erstmalig dem Wiener Gemeinderat vorzulegen, um rund 100 Millionen Schilling mehr. Das heißt, daß der Aufwand für die sozialen Leistungen allein in der Geschäftsgruppe IV seit 1960 um rund 23 Prozent gestiegen ist. Und dies, obwohl die Anzahl jener Personen, die von uns unmittelbar befürsorgt werden müssen, von Jahr zu Jahr geringer wird.

Schon diese Summe allein beweist, wie ernst es uns damit ist, wenn wir sagen, daß bei alledem, was wir tun, "Der Mensch" und damit das "Wohl der Familie", im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Auch die Aufgaben, die wir im nächsten Jahr erfüllen wollen, und jene, die wir in diesem Jahr erfüllt haben, beweisen dies. Es gibt zwar eine Gruppe von Staatsbürgern, die behauptet, "Der Wohlfahrtsstaat gehe zu weit". Für sie ist aber anscheinend Armut und Not noch immer ein wesentlicher und schicksalhafter Teil des menschlichen Daseins.

./.

Wir aber fühlen uns den Müttern unserer Stadt verpflichtet, die doch das Herz jeder Familie sind, und für uns ist die Erfüllung vieler ihrer Wünsche für die Betreuung der Jugend und der Alten - wenn auch nicht alle in den fürsorgerechtlichen Bestimmungen ihre Bestätigung finden - eine zwingende gesellschaftliche und menschliche Verpflichtung. Denn rechtzeitige und sorgfältige Fürsorge für die betagten Menschen und Erziehung der Jugend ist das wertvollste Kapital einer Stadt, das reiche Zinsen trägt. Gesunde wohlerzogene und gebildete junge Menschen ersparen im Laufe ihrer Entwicklung viel Geld, das sonst für Erziehungsheime, vielleicht sogar für Jugendgefängnisse, ausgegeben werden müßte. Fürsorge für alte Menschen macht oft die Unterbringung in Krankenhäusern überflüssig. Sozialausgaben sind daher auch ein sehr wesentliches Mittel zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität. So kennzeichnet die Güte des Wohlfahrtswesens nicht nur den humanitären und sozialen Charakter einer Stadt, sondern auch den ökonomischen Weitblick ihrer Verwaltung.

Befürsorgte der Stadt Wien - den Sozialrentnern gleichgestellt

Die Anzahl der Befürsorgten verringerte sich in diesem Jahr um 577 Personen, davon etwa 60 Prozent wegen Todesfalles, die restlichen 40 Prozent wegen Einweisung in Anstaltspflege oder auch wegen der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation. Letzteres trifft besonders bei Familien zu, die aus den verschiedenen Gründen nur vorübergehend eine Dauerunterstützung erhalten mußten. 334 Personen kamen zum Kreis der Befürsorgten hinzu, sodaß sich ihre Gesamtzahl vom 1. Jänner bis 30. September 1963 um 243 - von 8.279 auf 8.036 Personen - verringerte. Von diesen 8.036 Personen sind 6.900 Frauen und 1.136 Männer.

Im Altersaufbau unserer Befürsorgten ergab sich nur eine geringfügige Veränderung, nur eine kleine Verschiebung zugunsten der höheren Altersgruppen. Immerhin sind 63 Prozent im Alter zwischen 60 und 80, 16 Prozent zwischen 80 und 101 Jahren. Von den restlichen 21 Prozent gehören zwölf Prozent der Altersgruppe zwischen 50 und 60 Jahren an und nur neun Prozent sind unter 50 Jahren.

Es war uns möglich, die Fürsorgerichtsätze in diesem Jahr zweimal zu erhöhen, gleichzeitig und im gleichen Ausmaß wie die Richtsätze für die Ausgleichsrente. Derzeit beträgt somit die Fürsorgeunterstützung für alleinstehende hilfsbedürftige Männer über 65 Jahre und Frauen über 60 Jahre 600 Schilling. Dazu kommen noch die Heizbeihilfe, die volle Miete, die Ausgaben für Sachaushilfen. Insgesamt sind für die Dauerunterstützungen im Voranschlag 67 Millionen Schilling vorgesehen, das sind vorläufig zwei Millionen Schilling mehr, als für dieses Jahr präliminiert waren.

Da aber, wie wir wissen, mit Beginn des Jahres 1964 die Richtsätze für die Ausgleichsrenten erhöht werden und ich Ihnen mit Zustimmung des Finanzreferenten mitteilen darf, daß wir nach Beschlußfassung im Parlament die Fürsorgeunterstützungen ebenfalls um den gleichen Betrag erhöhen werden, so werden noch ungefähr fünf Millionen Schilling dafür notwendig sein. So können wir heute feststellen, daß die Befürsorgten der Stadt Wien den Sozialrentnern gleichgestellt sind. Die Befürsorgten sind bei uns nicht mehr Menschen zweiter Güte. Der große Schritt von der Armenpflege zur sozialen Gleichstellung ist getan.

Landaufenthalt für Befürsorgte

Seit zwölf Jahren erleben unsere Befürsorgten in den Sommermonaten einen 14tägigen Landaufenthalt in schöner Umgebung. Briefe und Fotografien, die uns die Urlauber immer wieder schicken, bestätigen, wie sehr so ein Urlaub diese vom Schicksal oft schwer Heimgesuchten wieder ermutigt, den Sinn des Lebens neu zu entdecken.

Seit Beginn der Landaufenthaltsaktion waren 29.706 Personen auf Urlaub. Für das kommende Jahr sind wieder 1,8 Millionen Schilling für diese schöne und zugleich fürsorgerisch wichtige Aktion vorgesehen. Darüber hinaus werden wir 7,5 Millionen Schilling für die ärztliche Betreuung unserer Befürsorgten benötigen.

Schöner Lebensabend für unsere Alten

Die Fürsorge unserer Zeit muß auch einer Erscheinung der gesellschaftlichen Entwicklung ihre besondere Aufmerksamkeit schenken: der zunehmenden Lebenserwartung aller Menschen, die ihre Ursache in den Erfolgen der Medizin, aber auch in einer immer größer werdenden sozialen Sicherheit hat.

In Wien leben - nach der letzten Volkszählung im Jahre 1961 - 389.623 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren (also fast ein Viertel der Bevölkerung), und zwar 246.236 Frauen und 143.387 Männer. 262.029 Personen stehen im Alter von 65 bis 100 und mehr Jahren.

Wie sehr sich die Situation in den letzten Jahrzehnten verändert hat, zeigen folgende Zahlen: 1910 waren in Wien 7.3 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre und nur vier Prozent über 65, 1951 schon 20 Prozent über 60 Jahre und 1961 24 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre und 16 Prozent über 65 Jahre.

Wir haben uns an die Wissenschaft gewandt, die sich in dankenswerter Weise der Probleme angenommen hat, die sich aus der längeren Lebenserwartung ergeben. Und wir können stolz sein, daß wir in Wien international anerkannte Wissenschaftler auf dem Gebiet der Geriatrie aufweisen können, wenn es auch in Österreich leider noch immer keinen Lehrstuhl für Geriatrie gibt.

Aber nicht nur die kranken alten Menschen, die in unseren Altersheimen Aufnahme finden, bedürfen unserer Hilfe. Es gilt, auch den gesunden, oder verhältnismäßig gesunden betagten Menschen zu helfen, vor allem die Brücke zu finden, zwischen einem bisher mit Arbeit ausgefüllten Dasein und einem geruhsamen, ungewohnten Lebensabend, oder ihn andererseits vor Vereinsamung zu schützen in dem Augenblick, da Familienbeziehungen zu bestehen aufhören.

Manche Länder haben begonnen, die Furcht alternder Menschen vor der Pensionierung, die für sie gleichbedeutend ist mit "gesellschaftlich-ausgestoßen-sein", durch Schaffung von Hobbyräumen abzufangen. Dieses gut gemeinte Mittel hat aber fast überall versagt, ausgenommen als Therapie bei den Kranken. Viele Pensionisten suchen nämlich keinen Zeitvertreib, sie suchen eine zielvolle Betätigung, und meist nicht irgendeine, sondern möglichst die gewohnte.

Hier scheint mir eine Einrichtung in Holland interessant. Über Initiative des Präsidenten des Philipps-Konzerns - und mit

von diesem Konzern zur Verfügung gestellten Mitteln - wurden Werkstätten gegründet. Zuerst nur für die Pensionisten der Philipps-Betriebe, später auch für andere Pensionisten. Vielleicht wäre dies auch für unsere Großbetriebe interessant und nachschmerzhaft.

Ist es aber schwierig, für den aus dem normalen Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen eine Tätigkeit zu finden, die ihn befriedigt, so ist es noch viel schwieriger, die Menschen vor Vereinsamung zu schützen oder sie gar aus ihr herauszulösen. Schließlich erlebt doch jeder Mensch das Alleinsein, das Ausscheiden aus einem gewohnten Lebensrhythmus individuell sehr verschieden.

Pensionistenklubs

Eine Einrichtung, mit der wir unseren betagten Mitbürgern helfen wollen, den neuen Lebensabschnitt zu bejahen und nicht einsam zu werden, sind unsere Pensionistenklubs, deren Zahl wir für diesen Winter wieder um zwei vermehren konnten.

5.500 Frauen und Männer, davon 85 Prozent Sozialrentner, finden in 87 Pensionistenklubs Kontakt mit anderen Menschen. Die meisten Klubs sind heute auch schon in schönen Lokalen untergebracht und werden ihrem Namen gerecht. Für manche nicht sehr geeignete Lokale, die wir da und dort noch benützen müssen, hoffen wir, auch bald Ersatz zu finden. Überall hat sich eine gute, frohe Gemeinschaft gebildet und jeder neu Hinzukommende findet bald Anschluß. Die mit viel Verständnis zusammengestellten Büchereien werden gerne benützt, Vorträge gemeinsam gehört und Vorschläge für neue Themen gemacht. Einige Klubs haben auch wieder die Arbeit in Bastelgruppen begonnen und ich bin sicher, daß noch weitere folgen werden. Mit dem im Vorjahr angeregten Literaturwettbewerb fanden wir leider keinen Anklang. Hier müßte sich ein geschickter Reporter finden, der sich von unseren Klubbesuchern aus ihrem Leben erzählen läßt. Aus dem Gehörten könnte eine sehr interessante Artikelserie entstehen.

In den Monaten von April bis Oktober werden wir wieder mit Ausflügen das Klubleben während des Sommers überbrücken. Dabei wird natürlich auf die Pflöglinge in den Altersheimen nicht vergessen. Bei ihnen erfreuen sich besonders die jährlichen Wachaufahrten großer Beliebtheit. In diesem Jahr haben an den Ausflügen 18.625 Besucher von Pensionistenklubs, 2.340 Befürsorgte, die nicht die Pensionistenklubs besuchen und 3.805 Patienten der Altersheime, insgesamt also 24.770 Personen teilgenommen. Im kommenden Jahr erwarten wir rund 25.000 Teilnehmer.

Die Gesamtkosten für die Führung der Pensionistenklubs werden 3.820.000 Schilling betragen. Der Aufwand ist um 520.000 Schilling höher als im Vorjahr, da, wie gesagt, zwei neue Pensionistenklubs im 2. und 15. Bezirk eröffnet wurden. Auch sind die Kosten für das Mittagessen gestiegen und außerdem wurde die Vergütung für die Leiterinnen und deren Helferinnen erhöht. Für die Ausflüge sind weitere 2.1 Millionen Schilling vorgesehen.

Heimhilfe

Eine weitere Hilfe, die wir vor allem für unsere betagten Frauen und Männer zu organisieren suchen, ist die Heimhilfe. Und ich freue mich, daß es in diesem Jahr wieder möglich war, neue Mitarbeiterinnen zu gewinnen und dadurch die Pflögestunden zu vermehren. Derzeit stehen uns 112 Mitarbeiterinnen zur Verfügung, davon 22 diplomierte Schwestern. Bis Ende Oktober wurden 77.194 Pflögestunden geleistet, das sind um 14.328 Stunden mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also eine Steigerung von 22 Prozent. Für 1964 haben wir wieder zwei Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Pensionistenheime

In diesem Zusammenhang darf ich auch ein Wort über unsere Pensionistenheime sagen, die jenen dienen, die nicht mehr imstande sind, ihren Haushalt zu führen, andererseits aber weder bettlägerig sind noch eine besondere und ständige ärztliche Betreuung benötigen. Das erste Pensionistenheim ist, wie bekannt, fertiggestellt. Seit Ende Oktober wird das Haus besiedelt.

Bis jetzt sind 141 Bewohner eingezogen und zwar zwölf Ehepaare, 25 Männer und 92 Frauen - davon sind 98 Voll- und 43 Teilzahler. Um die neuen Bewohner einander näherzubringen, führen wir im Heim seit einer Woche einen Klub; auch zwei Fernsehapparate stehen zur Verfügung.

Das zweite Pensionistenheim ist im Bau. Ferner wird in Besprechungen mit der Baudirektion über Grundstücke beraten, die für die Errichtung weiterer Pensionistenheime geeignet wären. Jedenfalls glaube ich, daß es uns gelungen ist, mit diesem ersten Heim eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich: unseren betagten Menschen ein Heim zu schaffen, das allen kulturellen und zivilisatorischen Anforderungen voll entspricht und Behaglichkeit, Sicherheit und gleichzeitig volle persönliche Unabhängigkeit, also Freiheit des Handelns, des Eigenlebens, garantiert. Jede Wohnung soll ein schönes, selbstgewähltes und auch selbstgestaltetes Refugium sein, in dem der Bewohner sich als Besitzer seiner behaglichen vier Wände fühlen kann.

"Altenplan" - schon entwickelt

Mit diesen Ausführungen über die Betreuung und Fürsorge für die betagten Menschen unserer Stadt wollte ich Ihnen darlegen, wie sehr wir bemüht sind, bei der Lösung der Altersprobleme mitzuwirken, über die erstmalig in Wien von Vizebürgermeister Honay beim Städtetag 1958 gesprochen wurde. Seither wurden die verschiedensten Einrichtungen geplant, geschaffen und ausgebaut.

Ich war daher etwas überrascht, als Präsident Mühlhauser in der Generaldebatte in der Fülle seiner "Enqueten" und "Planungswünsche" auch einen "Altenplan" erwähnte.

Es ist richtig, daß wir bisher das Wort "Altenplan" nicht verwendeten, aber wir haben diesen in der Praxis, in einer sehr lebensnahen und verantwortungsbewußten Praxis entwickelt: Wohnungen für alte Menschen gebaut, den Bau von Pensionistenheimen begonnen, den Ausbau der Tagesheimstätten zu Pensionistenklubs durchgeführt, unsere Urlaubs- und Ausflugsaktion erweitert, die Heimhilfe ausgebaut, im ehemaligen Lupuspavillon eine geriatrische Rehabilitation errichtet - und wir werden den Ausbau fortsetzen, angepaßt der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn für uns ist die Betreuung unserer betagten Menschen ein Programm! Genauso wie die Sorge um unsere Jugend.

Der alte Mensch fürchtet aber nichts so sehr wie den Verlust seiner Unabhängigkeit, seiner persönlichen Handlungsfreiheit durch ein Reglement. Darum können und sollen die Einrichtungen für den betagten Menschen ihren Bedürfnissen wohl angepaßt, aber, wie alle Einrichtungen, die wir für die Familie schaffen, nur helfende Institutionen sein, die zu benutzen dem freien Willen des einzelnen überlassen bleibt.

Fürsorge für Körperbehinderte

Besondere Sorge gilt auch unseren behinderten Mitbürgern. Da sind vor allem die Sehbehinderten. Ihnen konnten wir in diesem Jahr die Blindenbeihilfe zum erstenmal 14mal auszahlen. Mit 31. Oktober 1963 zählen wir 3.057 Bezieher der Blindenbeihilfe, und zwar 2.366 Voll- und 691 Praktischblinde, das sind wieder um 110 Personen mehr; davon 57 Voll- und 53 Praktischblinde.

Von den 3.057 Beziehern der Blindenbeihilfe stehen nur 223 Männer und 100 Frauen in Arbeit, als Musiker, Klavierstimmer, Telefonisten, aber auch Stenotypisten. 789 Männer und 1.245 Frauen beziehen eine Pension oder Invalidenrente, 57 Männer und 270 Frauen erhalten eine Dauerunterstützung der öffentlichen Fürsorge. Im Voranschlag sind 20 Millionen Schilling für die Blindenbeihilfe vorgesehen, das sind um 1,7 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Die Arbeitstherapeutischen Kurse für Körperbehinderte werden ständig von 85 bis 90 Personen besucht, derzeit von etwa 60 Männern und 30 Frauen. Bis Ende Oktober ist es gelungen, für 33 Behinderte Arbeitsplätze zu vermitteln. Insgesamt konnten seit Beginn der Kurse im September 1950 438 Behinderte entweder in das Berufsleben vollständig eingegliedert oder für sie zumindest jene Stellung in der Gesellschaft erworben werden, die sie auf Grund ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte zu erreichen imstande waren.

Im kommenden Jahr wird mit dem Umbau des Gebäudes 16, Speckbachergasse-Wurlitzergasse, begonnen. In dieses neue Haus wird dann nicht nur der Arbeitstherapeutische Kurs von der Josefstädter Straße verlegt, sondern es werden dort, gemeinsam mit "Jugend am Werk", je eine geschützte Werkstätte für Männer und Frauen eingerichtet und geführt.

Nach eingehenden Beratungen, an denen auch die Landeshauptleute und die Landesfinanzreferenten teilnahmen, steht nun den Ländern ein neuer Gesetzentwurf für die Fürsorge von Behinderten als Muster zur Verfügung. Der Entwurf eines Wiener Landesgesetzes ist vorbereitet und wird in Kürze zur Begutachtung ausgesendet. Dieser Entwurf umfaßt als ersten Schritt die Einrichtung von Rehabilitationszentren und geschützten Werkstätten. Damit erfüllen wir einen dringenden Wunsch der Eltern von behinderten oder geistig reduzierten Kindern und Jugendlichen und hoffen so, den schwer geprüften Eltern ihre Sorgen etwas zu erleichtern.

Die Sorge für die Jugend

Im gleichen Maß, wie wir uns für das Wohl der sozial bedürftigen und der betagten Menschen unserer Stadt verantwortlich fühlen, sind wir uns auch der Verantwortung für das körperliche und seelische Wohl unserer Jugend bewußt. Wir sind aus diesem Grunde sehr froh, daß es uns gelungen ist, ein gutes Jugendschutzgesetz zu schaffen, das vom Wiener Landtag einstimmig beschlossen wurde. Bei der Durchführung dieses Gesetzes rechnen wir vor allem mit der Hilfe der Eltern, der Lehrer, der Erzieher, auch der Betriebsräte und Jugendvertrauenspersonen in allen Arbeitsstätten. Sie alle sollen die jungen Menschen auf Wert und Nutzen des Jugendschutzgesetzes aufmerksam machen, ihnen darlegen, warum wir vorbeugen und sie beschützen und beschirmen wollen.

In diesem Sinne wird vom 13. bis 18. Jänner 1964 eine Jugendschutzwoche abgehalten und wir haben bereits mit den Eltern, den Familien- und Jugendverbänden vereinbart, daß in dieser Woche in Versammlungen und Konferenzen die Eltern und die Jugend mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut gemacht werden sollen; eine kleine handliche Broschüre wird diese Information unterstützen.

Ich danke auch unserem Polizeipräsidenten für seine Zusage, daß sich unsere Polizei besonders in den ersten Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes bemühen wird, im wahrsten Sinn des Wortes Freund und Helfer der Jugend zu sein und die Jugend eher mahnend als strafend auf Übertretungen aufmerksam zu machen.

Säuglingssterblichkeit sinkt weiter

In diesem Jahr ist wieder ein Ansteigen der Geburtenzahl festzustellen. Bis Ende Oktober haben 16.978 Kinder, und zwar 8.744 Buben und 8.234 Mädchen, von Wiener Müttern das Licht der Welt erblickt. Das sind um 541 Kinder mehr als im Vorjahr, sodaß wir heuer voraussichtlich die Zahl von 20.000 Geburten überschreiten werden.

Ebenso erfreulich sind die Berichte, die über die Säuglingssterblichkeit vorliegen. Bis Ende September war eine Säuglingssterblichkeit von nur 2.7 Prozent zu verzeichnen. Dieser Prozentsatz war nur im April und August auf mehr als drei Prozent gestiegen, und im Oktober betrug sie leider 4.32 Prozent. Der Jahresdurchschnitt wird daher wohl wieder geringer sein, aber doch knapp 2.9 Prozent, vielleicht drei Prozent erreichen.

Natürlich ist die Senkung der Säuglingssterblichkeit in erster Linie den Ärzten, der Medizin zu danken, aber die Leistung der Ärzte erfährt eine bedeutende Ergänzung durch die Arbeit unserer Fürsorgerinnen, die besonders bei sozial schwachen Familien einsetzt.

In diesem Zusammenhang darf ich schon jetzt berichten, daß wir dem Wiener Gemeinderat im Anschluß an die Budgetverhandlungen den Antrag vorlegen werden, in die Bedingungen für die Zuerkennung der Säuglingswäsche neben der Wassermannprobe auch die verpflichtende Bestimmung des Rhesusfaktors aufzunehmen. Aufmerksam gemacht durch einen ärztlichen Bericht, bestätigte uns Stadtrat Primarius Dr. Glück, der in dieser Frage in zweifacher Hinsicht, nämlich als Gynäkologe und als Stadtrat für das Gesundheitswesen, maßgebend ist, daß die Bestimmung des Rhesusfaktors sehr wichtig ist und er daher eine solche Regelung sehr befürwortet.

Dozent Dr. Speiser vom Serologischen Institut teilte uns dazu mit, daß zwar nur zwei Promille der Kinder durch verschiedenen Rhesusfaktor der Eltern gefährdet sind, aber 14 Prozent der Mütter negativen Rhesusfaktor aufweisen. Wenn auch heute schon jährlich rund 14.000 solcher Untersuchungen erfolgen, so hoffen wir durch eine verpflichtende Untersuchung eine weitere Senkung der Säuglingssterblichkeit zu erreichen.

Zu den bestehenden Mutterberatungsstellen konnten wir in diesem Jahr zwei neue eröffnen. Der Ausbau dieser Institution wirkt sich überaus günstig aus. Die Beratungsstellen werden gerne von den Müttern in Anspruch genommen. Daß darunter besonders viele junge Mütter sind, die ihr erstes Kind zur Welt bringen, zeigt von einem starken Verantwortungsgefühl der Mütter für ihre Kinder. Wir haben alle Ursache, unseren Müttern für diese Obsorge zu danken. Vielleicht wirkt sich hier auch der einjährige Karenzurlaub segensreich aus. Die Mütter haben nun mehr Zeit, sich ihrem Säugling zu widmen. Wir, die für die Jugendfürsorge sprechen, würden es begrüßen, wenn es möglich wäre, den Müttern nicht nur ein Jahr, sondern zwei oder gar drei Jahre Karenzurlaub zu gewähren. Man möge nicht sagen, das sei ganz unmöglich! Schließlich hielt man es auch noch vor einigen Jahren für unmöglich, das eine Jahr Karenzurlaub zu gewähren.

Das Mutter-Kind-Heim

Die jüngsten und alleinstehenden, manchesmal auch von ihrem Elternhaus verlassenen Mütter unserer Stadt finden in unserem Mutter-Kind-Heim ein neues und gutes "Zuhause".

In den zwei Jahren seines Bestehens wurden in dieses kleine Heim 45 junge Mütter aufgenommen. 26 haben das Heim inzwischen wieder verlassen. Neun davon haben geheiratet, sieben den Kindesvater, zwei haben einen anderen Lebensgefährten gefunden. Zehn junge Mütter wurden von ihren Angehörigen wieder aufgenommen. Diese 19 Fälle (von 26) sind als schöner sozialpädagogischer Erfolg zu werten. Die neun Verehelichungen haben wohl zu der für Mutter und Kind günstigsten Lösung geführt. Aber auch hier war der Aufenthalt im Heim jene helfende Brücke, die notwendig war zur besseren gegenseitigen Prüfung, ob der Bund fürs Leben gewagt werden kann und soll. Aber auch die Rückkehr von zehn jungen Müttern zu den Angehörigen ist erfreulich. Wir konnten dabei erkennen, daß der erste, oft sehr schwere Schock - unsere junge Tochter bekommt unerwartet ein Baby! - durch geeignete fürsorgerische, sozialpädagogische Hilfe nach und nach zu überwinden ist.

In drei Fällen versagte unsere Hilfe trotz aller Bemühungen gänzlich. Es gelang nicht oder nicht rasch genug, die junge Mutter zum Verständnis und zur Reife für ihre Mutterschaft zu bringen. Diese wenigen, sozial sehr verwahrlosten jungen Frauen sorgten einfach nicht für ihr Kind und mußten, aus pädagogischen Gründen, das Heim wieder verlassen. Ihre Kinder kamen ins Zentralkinderheim. Vier andere Mütter, die ihre Kinder zwar liebten, aber sich in die Ordnung des Heimes nicht einfügen wollten, mußten mit ihren Kindern in einem Heim untergebracht werden, das straffer, im Sinne der Fürsorgeerziehung, geführt wird.

Die Kindertagesheime

Für rund 800 Kinder unserer berufstätigen Mütter konnten wir in diesem Jahr wieder sechs neue Kindertagesheime errichten, die teils bereits in Betrieb sind, teils noch im Dezember, in einem Fall leider erst im Jänner, fertiggestellt sein werden. Derzeit betreuen wir in 655 Gruppen rund 18.000 Kinder.

Denken wir daran, daß nach Kriegsende nur 35 Kindertagesheime mit 58 Gruppen zur Verfügung standen und wir erst im Oktober 1949 den ersten neu erbauten Kindergarten eröffnen konnten! Seit 1950 wurden 55 Kindertagesheime mit 250 Gruppen neu errichtet. Allein in den letzten vier Jahren konnten wir jährlich 800 bis 1.000 neue Plätze für Säuglinge, Kleinkinder und Schulkinder in Krippen, Kindergärten, Horten und Tagesheimschulen schaffen.

Da derzeit nicht nur die Zahl der berufstätigen Mütter steigt, sondern auch die Zahl der Geburten, werden wir natürlich weiterhin für eine Vermehrung der Kindertagesheime sorgen. Im Jahre 1964 werden wieder sechs neue Kindertagesheime, die bereits im Bau sind, eröffnet, und zwar: in der Erdbergstraße und in der Leonhardgasse im 3. Bezirk, auf dem Quarinplatz und auf dem Eisenstadtplatz im 10. Bezirk, ferner in Wien 11, Rinnböckstraße und in Wien 23, Inzersdorf, Tochterstadt.

Insgesamt werden wieder 29 Gruppen für rund 700 bis 800 Kinder geschaffen; dazu kommt eine Vermehrung von 10 Gruppen in Tagesheimschulen für rund 300 Kinder. So können wir wieder tausend Müttern die Sorge um ihre Kinder erleichtern.

140 Millionen Schilling, das sind wieder um elf Millionen mehr als im Vorjahr, sind im Voranschlag für unsere Kindertagesheime vorgesehen. 21,3 Millionen werden voraussichtlich durch das Besuchsgeld und als Essenbeitrag zurückfließen, sodaß die Gemeinde Wien rund 119 Millionen für die Kindertagesheime aufbringt. Davon betragen allein die Personalkosten 79,9 Millionen Schilling.

Zur Ausbildung der Kindergärtnerinnen führen wir derzeit in unserer Kindergärtnerinnenbildungsanstalt fünf Klassen mit 175 Schülerinnen.

Ferienglück für unsere Kinder

Fast 10.000 erholungsbedürftige Kinder konnten vier Wochen Ferienglück in unseren eigenen oder in Pachtheimen der städtischen Erholungsfürsorge erleben, 505 Kinder einen Aufenthalt am Meer. Zum erstenmal war es auch möglich, 40 Kleinkinder aus dem Zentralkinderheim mit ihren Betreuerinnen für vier Wochen nach Italien zu schicken. Zum neuntenmal konnten wir auch den internationalen Turnus für körperbehinderte Kinder durchführen. 109 Kinder aus Österreich, Deutschland und Dänemark waren für vier Wochen in Sulztach-Ischl.

Die Gastfreundschaft, die wir 1962 86 Hamburger Kindern gewähren konnten, als Hamburg von einer schweren Hochwasserkatastrophe betroffen wurde, war der Anlaß dafür, daß wir heuer 30 Hamburger Kinder in den Ferien in unserem Heim in Tribuswinkel begrüßen konnten, während 30 Wiener Kinder in St. Peter an der Nordsee erlebnisreiche Erholung fanden.

Unsere Schullandheimaktion war dieses Jahr auch erfolgreicher. Für fast 1.800 Kinder wurden Wald und Feld, Dorf und Kleinstadt zum Klassenzimmer, in dem man doch manchmal mehr lernt als im gewohnten Schulraum in der Großstadt. Auch Kinder aus England und Deutschland (Bremen und Westfalen), erlebten ihre Landschulwoche bei uns.

Auch im nächsten Jahr werden wieder rund 10.000 Kinder ihren glücklichen Kinderurlaub erleben können!

Die Pflegekinder der Stadt Wien

Kränklichen Kindern einen Erholungsurlaub zu vermitteln, ist eine der leichtesten Arbeiten für unsere Fürsorgerinnen in den

Bezirksjugendämtern. Viel schwieriger ist es, Eltern zu beraten, wenn ihre Kinder erziehungsschwierig werden oder Kinder, die von Verwahrlosung bedroht sind, zu schützen. Es vergeht kein Tag, an dem in die Kinderübernahmestelle nicht Kinder gebracht werden, die aus diesen Gründen weder daheim, in ihrer Familie, noch bei anderen Erziehungsberechtigten bleiben können. 50 Prozent aller überstellten Kinder fallen in diese Kategorie. Es gibt Aufnahmen wegen Mißhandlungen, wegen gesundheitlicher und sittlicher Gefährdung. Oft ist ein Gerichtsbeschluß notwendig, um das Kind schützen zu können. Weitere 50 Prozent der Aufnahmen in die Kinderübernahmestelle betreffen Säuglinge und Kleinkinder, die aus verschiedensten Gründen im Elternhaus nicht aufgenommen werden oder dort nicht bleiben können.

Wenn man von der Aufnahme von Kindern in Heimen spricht, so denken viele an elternlose Kinder, an Waisen. Tatsächlich aber sind unter den derzeit rund 5.500 Pflegekindern der Stadt Wien nur 65 Vollwaisen, das sind etwa 1,1 Prozent! Es gibt also keine Waisenhäuser, sondern nur Erziehungsheime ...

Der Umbau unserer Kinderübernahmestelle macht gute Fortschritte. Wir hoffen, ihn im kommenden Jahr vollendet zu haben. Die Kinder sollen sich, vor allem in der ersten Zeit, wenn sie von zu Hause weg sind, besonders geborgen fühlen. Dann kann auch das aus Fachleuten bestehende Team der Beobachtungsstation, das sich durchaus der Heimatmosphäre anpaßt, erkennen, ob ein Kind einer Pflegefamilie anvertraut, in ein bestimmtes Heim eingegliedert oder als Adoptionskind vermittelt werden kann.

In diesem Jahr konnten bis 30. September für 182 Kinder Adoptionseltern vermittelt werden. Seit Inkrafttreten des neuen Adoptionsgesetzes, mit dem die Altersgrenze der Wahleltern herabgesetzt wurde und die Adoption auch gestattet wird, wenn eigene Kinder da sind, konnten bedeutend mehr Kinder bei Wahleltern Geborgenheit finden, mehr Ehepaare das Glück erleben, das ein Kind geben kann. Im Jahr 1960 wurden nur 71 Adoptionsverträge abgeschlossen, 1961 aber waren es bereits 263, 1962: 240 und bis Oktober 1963: 182. Es ist also ein leichtes Absinken von Anmeldungen der Wahleltern festzustellen. Derzeit warten 70 gesunde Kinder auf Wahleltern, während nur 50 Wahleltern sich um ein Kind bewerben.

Immer von neuem werben wir auch um Pflegeeltern, die ein oder mehrere Kinder übernehmen. Derzeit sind 1.361 Kinder bei Pflegeeltern. Ich freue mich, daß wir eine leichte Zunahme von Pflegestellen vermerken konnten. Wir haben auch Kinder bei Pflegeeltern in der Steiermark, in Niederösterreich und einzelne auch im Burgenland und in Oberösterreich.

Wer sind die Pflegeeltern? Meist einfache Leute, die oft aus eigener Erfahrung wissen, wie schmerzlich es für ein Kind sein kann, ohne elterliche Liebe aufwachsen zu müssen. 75 Prozent der Wiener Pflegeeltern sind Arbeiter und Invalidenrentner, etwa 21 Prozent sind Angestellte und öffentlich Bedienstete, etwa vier Prozent sind Selbständige. Das goldene Wiener Herz ist anscheinend viel mehr bei den kleinen Leuten beheimatet!

In unseren Großpflegefamilien haben wir nach wie vor besonderen Erfolg bei schwierigen Kindern. So kam zum Beispiel ein schwer zu erziehender Zwölfjähriger, der an einem Raubüberfall beteiligt war, in eine Großpflegefamilie. Jetzt hat er seine Lehrzeit bald hinter sich und macht allen viel Freude. Elf Jugendliche in Großfamilien stehen derzeit in einem Lehrverhältnis; zehn sind bereits volljährig und gehen ihrem erlernten Beruf nach. Ein 16jähriges Mädchen, ein Fürsorgeerziehungszögling, wurde mit ihrem zweijährigen Kind (Schändung durch den Stiefvater!) in eine solche Familie aufgenommen und ist heute ein arbeitssamer, fröhlicher Mensch geworden.

Diese wenigen Andeutungen lassen kaum erkennen, wieviel behutsame Arbeit, unendliche Geduld, Einsatzbereitschaft und großes Verständnis für diese geschädigten Kinder aufgebracht wird. Aber das gesunde Vorbild von Vater und Mutter der Pflegefamilie, die Herzlichkeit und Einfachheit ihres Lebensstils - mitten in der Großstadt, in einer ungekünstelten Umwelt - bewirken oft erstaunliche Heilung kindlicher Defekte. Unsere Pflegeeltern zählen zu unseren wertvollsten Helfern, denen wir besonders herzlich danken.

Kinderheime, Jugendheime

Schwer zu erziehende und körper- oder sinnesbehinderte Kinder, auch Säuglinge und die meisten Kleinstkinder bleiben in jenen Heimen, die für sie als besonders fördernd geeignet sind.

Für unsere Säuglinge und Kleinkinder konnten wir den Umbau unseres Zentralkinderheimes fortsetzen; dort sind im 2. Pavillon zwei sehr schöne Familiengruppen bereits ausgebaut.

Unsere Heime sind längst keine Erziehungskasernen mehr, wenn auch manche Gebäude aus einer Zeit stammen, in der "Heimerziehung" diesen Ausdruck rechtfertigte. Freilich, nicht überall ist ein radikaler Umbau möglich, aber neue Heimordnungen, die Umwandlung der Gruppen, verbesserte Schulung unserer Erzieher schaffen überall gute Voraussetzungen für neues Leben, für eine warmherzige Atmosphäre, die den Kindern jeden Schutz, Geborgenheit und viel Fröhlichkeit geben.

Leider benötigen viele unserer Pflegekinder eine Spezialbetreuung.. Dies betrifft unsere körperlich und geistig schwer geschädigten Kinder; sie brauchen besondere Heime. Der Neubau unseres Heimes für fast hundert mehrfach geschädigte Kinder und Jugendliche in Mauer wird im Frühjahr 1964 eröffnet werden; andere dieser geschädigten Kinder werden seit langem in Privatheimen, besonders in den Heimen der Caritas mit Liebe und Können bestens betreut.

Ein Sonderheim in anderem Sinn ist unser Lindenhof, Auch dort wird der Umbau fortgesetzt. In diesem Jahr werden weitere vier Gruppen und die Küche modernisiert; der Sportplatz wird allerdings erst im Sommer 1965 "spielreif" sein. Aber schon der Bau dieses Sportplatzes, an dem die Zöglinge fleißig mitarbeiten, die Umgestaltung der Gruppen und die neue Gestaltung der Freizeit tragen dazu bei, daß sich auch hier selbst sehr schwierige Jugendliche - wenn sie nicht zu sehr asozial sind - in die Gemeinschaft eingliedern. Es ist wirklich immer wieder eine Freude, die Zeitschrift zu lesen, die der Direktor mit den Erziehern und Lehrlingen gemeinsam herausbringt, in der von ihren Erlebnissen berichtet wird.

Die Arbeiterkammer für Wien hat uns auch in diesem Jahr die Teilnahme am Berufswettbewerb der Lehrlinge ermöglicht. Von 243 Jugendlichen haben sich 152, also mehr als 60 Prozent, freiwillig zur Teilnahme gemeldet. 38 Preise konnten von ihnen erworben werden; darunter waren ein erster Preis, je elf zweite und dritte Preise, ferner 15 Anerkennungen.

52 Lehrlinge haben in diesem Jahr ihre Berufsausbildung beendet; einer mit "Auszeichnung", zwei mit "Sehr gut", zwölf mit "Gut", nur vier mit "Genügend". Ich glaube, wir können mit unseren Jungen aus dem Lindenhof zufrieden sein.

Auch zwei Mädchen aus dem Heim Klosterneuburg haben ihre Gesellenprüfung als Schneiderin mit "Sehr gut", zwei körperbehinderte Mädchen aus dem Heim in Rodaun ihre Prüfung mit "Befriedigend" abgelegt.

Aus unserem Heim in der Hartäckerstraße konnten wir wieder einen Maturanten mit ausgezeichnetem, drei mit sehr gutem und einen mit gutem Erfolg verabschieden; zwei Mädchen konnten die Handelsschule mit gutem Erfolg, ein Mädchen die Ausbildung als Schaufensterdekorateurin mit sehr gutem Erfolg abschließen.

Im November 1963 haben wir im Heim Klosterneuburg einen Kurs für die Ausbildung in Büroarbeit eingerichtet, der 26 Wochenstunden umfaßt und von 18 Übungsstunden ergänzt wird. Ziel der Ausbildung ist eine Prüfung in Stenographie und Maschinschreiben. Die Mädchen können die Kammerprüfung, die als Berufsausbildung für Stenotypie anerkannt wird, oder eine Prüfung beim Österreichischen Stenographenverband ablegen, die auch von den Firmen als Berufseignung anerkannt wird. Damit haben wir für unsere intelligenten Mädchen eine neue Ausbildungsmöglichkeit geschaffen.

Unsere besonderen Bemühungen um die in Fürsorgeerziehung stehenden Jugendlichen, die ich Ihnen hier nur andeuten konnte, sind nicht ohne Erfolg. Konnte ich Ihnen in der Budgetdebatte 1961 berichten, daß sich von den im Jahre 1960 aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Jugendlichen 60 Prozent der Burschen und 40 Prozent der Mädchen positiv bewährt haben, so kann ich heute sagen, daß es von den im Jahre 1962 entlassenen 119 Mädchen 102, also 86 Prozent, und von den 174 Burschen 116, das sind 67 Prozent, waren. Erstmalig ist zu beobachten, daß die Zahl der Mädchen, die sich nach der Heimentlassung positiv entwickeln, größer ist, als die der Burschen.

Nun hängt der Erziehungserfolg aber auch wesentlich davon ab, wann ein Jugendlicher zu uns gebracht wird. Die genannten Zahlen werden diesbezüglich noch einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Trotzdem glaube ich mit dem Ergebnis zufrieden sein zu können, und wenn wir für unsere Heime für das nächste Jahr 98,6 Millionen Schilling, also um neun Millionen mehr als im Vorjahr, vorgesehen haben, so hoffe ich, Sie mit dieser kurzen Schilderung davon überzeugt zu haben, daß auch diese Summe gut verwendet wird.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Schluß meiner Ausführungen. Ich möchte allen jenen danken, die an der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben mitgeholfen haben: den ehrenamtlich tätigen Fürsorgeräten, den Bediensteten in den Fürsorgereferaten, den Fürsorgerinnen, den Kindergärtnerinnen, den Erziehern und allen Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe. Herzlich danken aber möchte ich auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IV für ihre interessierte Mitarbeit.

Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, alle, besonders aber jene, die ständig von den Grenzen des Wohlfahrtsstaates sprechen, davon zu überzeugen, wie bedeutungsvoll Wohlfahrtspflege auch in der Zeit wirtschaftlicher Konjunktur ist.

In Zeiten steigenden Lebensstandards ist es einfach ein Akt der Gerechtigkeit, auch die sozial schwachen und besonders unsere alten Mitbürger an der wirtschaftlichen Prosperität teilhaben zu lassen. Und es ist ein Akt der Selbsterhaltung, die Jugend zu schützen, zu fördern und ihr jenen Lebensraum zu schaffen, den sie braucht, um gesund und ihrer Eigenart entsprechend heranwachsen zu können.

So messen wir das Wohlfahrtswesen und seine Leistungen nach dem Menschlichen und glauben, daß erst der Wohlfahrtsstaat allen Bürgern jene Unabhängigkeit und Freiheit sichert, die unser Dasein menschenwürdig machen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, den Voranschlag 1964 für die Geschäftsgruppe IV zu genehmigen."

Am Samstag:Grundsteinlegung für neue Hauptschule in Simmering
=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas wird Samstag, den 14. Dezember, um 10.30 Uhr, auf dem Enkplatz im 11. Bezirk den Grundstein für eine neue Hauptschule der Stadt Wien für Knaben und Mädchen legen. Zufahrt: Straßenbahnlinien 71 und 6.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Grundsteinlegung am Samstag Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

- - -

Neues Jugendschutzgesetz ab 1. Jänner
=====

10. Dezember (RK) Das Landesgesetzblatt für Wien enthält das Wiener Jugendschutzgesetz, das am 27. September 1963 vom Wiener Landtag beschlossen wurde. Das neue Jugendschutzgesetz tritt am 1. Jänner 1964 in Kraft.

Das Landesgesetzblatt für Wien ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

10. Dezember (RK) Donnerstag, den 12., und Donnerstag, den 19. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

- - -

Konzert im Freizeithem Jedlesee
 =====

10. Dezember (RK) Am Freitag, dem 13. Dezember, findet um 19.30 Uhr im Freizeithem Jedlesee ein Konzert statt, das von der Volkshochschule Wien-Nord mit Unterstützung des Kulturamtes veranstaltet wird und die musikalischen Veranstaltungen für die Besucher der Wiener Volksbildungsstätten fortsetzt.

In dem Konzert singt Annemarie Steffens Lieder von Schubert, Grieg, Enrique Granados und Joseph Marx, am Flügel begleitet von Heinz Medjimorec, der außerdem Werke von Mozart, Mendelssohn-Bartholdy und Debussy zu Gehör bringt.

Die Sopranistin Annemarie Steffens hat in Bremen und Wien sowohl Klavier als auch Gesang studiert. Im Gesangsfach bestand sie als Schülerin der Professoren Steinbrück, Werba und Kolo die Reifeprüfung an der Wiener Musikakademie mit Auszeichnung und ist seither als Lieder- und Opernsängerin erfolgreich hervorgetreten.

Der 1940 geborene Pianist Heinz Medjimorec, ein Schüler Professor Richard Hausers an der Wiener Musikakademie, konnte trotz seiner Jugend bereits zahlreiche Erfolge erringen. Bei internationalen Wettbewerben gelang es ihm wiederholt sich auszuzeichnen, so besonders beim Salzburger Mozartwettbewerb 1956, wo er den ersten Preis erhielt. Durch Konzerte in Brüssel, Paris und London hat sein Name auch international einen guten Klang.

- - -

100. Todestag von Friedrich Hebbel
 =====

10. Dezember (RK) Das Jahr 1963 hat zwei Anlässe, an den Dichter Friedrich Hebbel zu erinnern: Auf den 18. März fiel sein 150. Geburtstag, und am 13. Dezember sind es 100 Jahre, daß er in Wien gestorben ist. Er selbst hat unsere Stadt als den Ort bezeichnet, wo er sich trotz allen Enttäuschungen am wohlsten fühlte und wo er im Kreis seiner Familie die glücklichsten Jahre seines Lebens verbrachte.

Am Grab Hebbels auf dem Matzleinsdorfer Friedhof wird ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden.

- - -

Eduard Uhl zum Gedenken

=====

10. Dezember (RK) Auf den 12. Dezember fällt der 150. Geburtstag des ehemaligen Bürgermeisters von Wien Eduard Ritter von Uhl.

Er wurde als Sohn eines wohlhabenden Arztes in Wien geboren und trat nach Abschluß seiner Studien in den Dienst des Magistrates. Nach dem Tode seines Vaters zog er sich ins Privatleben zurück und betrieb naturwissenschaftliche Studien. In den Oktobertagen des Jahres 1849 bemühte sich Uhl, nach Einnahme der Vorstädte im Bezirk Josefstadt die Leiden der Bürgerschaft zu erleichtern. Von diesem Bezirk wurde er 1861 in den Gemeinderat entsendet. Er beschäftigte sich vor allem mit der Wasserversorgung und war einer der Wortführer für den Bau der Hochquellenwasserleitung. Am 9. Februar 1882 wurde er mit den Stimmen der Liberalen zum Bürgermeister gewählt. Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde er mit großer Majorität wieder gewählt, mußte jedoch wegen seines Gesundheitszustandes und wegen seines Alters nach eineinhalb Jahren resignieren. Eduard Uhl ist am 1. November 1892 gestorben.

- - -

Personalnachrichten

=====

10. Dezember (RK) Auf Antrag von Vizebürgermeister Slavik hat heute der Wiener Stadtsenat Senatsrat Dr. Ottomar Hübner (Generaldirektion der Stadtwerke) zum Obersenatsrat befördert. Obermagistratsrat Dr. Anton Negrin (Gaswerke) wurde in die Dienstklasse VIII befördert und ihm der Titel Senatsrat verliehen. Die Magistratsräte Dr. Julius Rajnoha (Stadtschulrat) und Dr. Johann Vogl (Magistratisches Bezirksamt XVI) wurden zum Obermagistratsrat und Stadtbaurat Dipl.-Ing. Lucian Koloseus (MD-Amtsinspektion) zum Oberstadtbaurat befördert.

- - -

Gefährliches Feuer in Atzgersdorf

=====

10. Dezember (RK) Heute kurz nach Mitternacht entstand in Atzgersdorf in einer Fabrikanlage in der Industriegasse ein gefährlicher Brand. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand eine 750 Quadratmeter große Fertigwarenhalle in der 20 Tonnen Kunstharzlacke, Ölfarben und Öllacke eingelagert waren, sowie eine ungefähr 800 Quadratmeter große Fabrikationshalle für Nitro- und Kunstharzlacke in hellen Flammen. Die Feuerwehr umfaßte im ersten Löschangriff die beiden in Brand geratenen Hallen mit sieben Rohren. Die Brandbekämpfung stand unter der Leitung von Branddirektor Dipl.-Ing. Havelka und Oberbrandrat Dipl.-Ing. Ströbl.

Das Dach der anschließenden Rohwarenlagerhalle im Ausmaß von 3.000 Quadratmeter, in der 15 Tonnen Kunstharzlacke, 20 Tonnen Öllack und 150 Tonnen Lackrohstoffe gelagert waren, war im Ausmaß von zirka 15 Quadratmeter und das Dach der ebenfalls an den Brandherd anschließenden Halle III von 840 Quadratmeter, in der 10 Tonnen Lackmaterial gelagert war, im Ausmaß von 20 Quadratmeter bereits in Brand. Ein Übergreifen des Brandes auf diese Hallen und auf die große Klebwarenerzeugung und das große Nitrolagergebäude mit 270 Tonnen Nitrolösungsmitteln konnte durch den raschen und mutigen Einsatz verhindert werden. Während des Löschangriffes wurden von der Feuerwehr und der Schulabteilung der Polizei zirka 300 Lackfässer aus dem Gefahrenbereich entfernt. Mit Trockenlöschern wurden Entstehungsbrände an mehreren Stellen gelöscht.

- - -

Neue Subventionen der Stadt Wien für kulturelle Zwecke
=====

10. Dezember (RK) In den heute unter Vorsitz von Landeshauptmann und Bürgermeister Jonas abgehaltenen Sitzungen der Wiener Landesregierung und des Stadtsenates wurden auf Antrag von Vizebürgermeister Mandl Subventionen für kulturelle Zwecke in der Gesamthöhe von 940.000 Schilling bewilligt.

380.000 Schilling werden für die Durchführung von vier Abonnementkonzerten der Reihe "Meisterorchester spielen Meisterwerke" gegeben, die auch in der Konzertsaison 1963/64 in der Stadthalle vom Kulturamt der Stadt veranstaltet werden.

Der Verband Wiener Volksbildung erhält für das Jahr 1963 einen einmaligen Förderungsbeitrag von 300.000 Schilling aus dem Kulturroschenenertragnis. Aus Budgetmitteln der Gemeinde Wien hat der Verband für das zu Ende gehende Jahr bereits 1,960.000 Schilling erhalten.

Der Notring der wissenschaftlichen Verbände Österreichs erhält zum Ankauf einer elektrischen Schreibmaschine 15.000 Schilling.

Professor Armin Kaufmann erhält für die Komposition "Kinder im Zirkus", die ihm Rahmen der Schülerkonzerte aufgeführt werden soll, 5.000 Schilling.

200.000 Schilling erhalten die Wiener Symphoniker als Subvention für die Mitwirkung des Orchesters bei der Österreich-Woche in Brüssel. Wie immer bei derartigen repräsentativ-werblichen Veranstaltungen ergab sich auch in diesem Fall ein Defizit.

Weitere Subventionen erhalten: das Institut für Wissenschaft und Kunst 20.000 Schilling, das Österreichische Dokumentationsarchiv der Widerstandsbewegung 10.000 Schilling und der Verein Freunde der Menschlichkeit ebenfalls 10.000 Schilling.

Wieder eineinhalb Kilometer der Prager Straße umgebaut
=====

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute früh in Begleitung von Baustadtrat Heller das eineinhalb Kilometer lange Stück der Prager Straße zwischen Voltagasse und Autokaderstraße dem Verkehr übergeben. Die Kosten dieses umfangreichen Straßenbaues, der die Herstellung einer 16 bis 23 Meter breiten Fahrbahn mit 22.000 Quadratmeter Hartgußasphalt umfaßt (einschließlich Verlegung der Straßenbahn in die Straßenmitte, Erneuerung der Wasser- und Gasrohrleitungen, Umlegung der E-Werks- und Telefonkabel, Herstellung einer neuen Straßenbeleuchtung sowie einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Koloniestraße), belaufen sich auf 35 Millionen Schilling.

Bürgermeister Jonas wünschte Stadtrat Heller und dem bei der kleinen Feier anwesenden Technikern und Arbeitern viel Glück für das kommende Baujahr. Nach der Entfernung der Straßensperre bei der Voltagasse besichtigte der Bürgermeister das neue Straßenstück.

- - -

Wien erwartet das 16.000. Goldene Hochzeitspaar
=====

10. Dezember (RK) Heute, morgen Mittwoch und am Donnerstag finden im Wiener Rathaus die letzten Ehrungen von Goldenen Hochzeitspaaren in diesem Jahr statt. Bürgermeister Jonas überreichte in Anwesenheit von Mitgliedern des Wiener Stadtsenates den Ehejubilaren die Ehrengaben der Gemeindeverwaltung. Insgesamt werden 216 Ehejubilare erwartet, darunter zwölf Diamantene Paare.

Die Feier, die morgen Mittwoch, den 11. Dezember, um 14 Uhr, im Stadtsenatssaal beginnt, hat besondere Ehrengäste: das 16.000. Jubelpaar, das seit 1945 von der Wiener Stadtverwaltung geehrt wird. Es sind dies Rupert und Theresia Jindra aus dem 15. Bezirk, Pillergasse 15. Beide Jubilare wurden in Wien geboren und haben hier geheiratet und zeit ihres Lebens in unserer Stadt gelebt. Sieben Kinder entsprossen der Ehe, von denen noch fünf am Leben sind. Auch fünf Enkel und zwei Urenkel sind da.

Bürgermeister Jonas wird das "Jubiläums-Jubelpaar" mit der doppelten Ehrengabe beschenken.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

10. Dezember (RK) Im Dezember entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Die Debatte über das Wohlfahrtswesen
=====

10. Dezember (RK) Als erster Debattenredner ergreift Dr. Marga Hubinek (ÖVP) das Wort. Wir haben jetzt einen schönen und ausführlichen Bericht mit einer imponierenden Bilanz gehört, sagt sie. Wir bejahen die Fürsorge, besonders auch in Zeiten der Hochkonjunktur. Wir haben aber auf dem Sektor des Wohlfahrtswesens doch divergierende Ansichten. Wir sind der Meinung, daß auf vorsorgende Maßnahmen größeres Gewicht gelegt werden sollte. Man sollte dazusehen, daß die der Fürsorge bedürftigen Personen viel mehr im Familienverband belassen als in Heime gebracht werden sollten. Neben der Tatsache, daß auf Äußerlichkeiten zu viel Wert gelegt wird, deutet die gesamte Aktivität aber auch auf ein Streben nach totaler Fürsorge - vom Säuglingspaket bis zum Altersheim - hin. Dadurch werden die Menschen zwangsläufig in eine gewisse Abhängigkeit von der Stadt gebracht. Wir vermissen auch Versuche, die individuellen Leistungen einzelner zu intensivieren und wir vermissen eine weitgehende Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen auf dem Wohlfahrtssektor.

Aus dem Bericht haben wir erfahren, so fährt GR. Dr. Hubinek fort, daß 1.870 Pflegekinder der Stadt Wien, darunter auch geschädigte Kinder, in fremden Heimen untergebracht sind. Die Verpflegskosten, die diesen Heimen pro Tag und Kind vergütet werden, bewegen sich zwischen 26 und 35 Schilling. Das ist zweifellos zu wenig, um zahlreiche unbedingt notwendige Anschaffungen, vor allem im Hinblick auf die geschädigten Kinder, zu machen. So kann sich zum Beispiel ein privates Kinderheim in Maria Lanzendorf keine Waschmaschine kaufen, einem konfessionellen Heim in der Hinterbrühl, das auch vorschulpflichtige Kinder zu betreuen hat, ist es nicht möglich, die notwendigen Wasch- und Garderobeanlagen für diese Kinder anzuschaffen. Ähnlich ergeht es dem privaten Kinderheim in Neulengbach, das 90 Pflegekinder der Stadt Wien beherbergt. In allen diesen Fällen wäre es angebracht, helfend einzugreifen. Durch Privatinitiative wurden im privaten Kinderheim Retz Berufsvorbereitungskurse eingeführt; mit dem dort geltenden Verpflegkostensatz von 50 Schilling ist es natürlich sehr schwierig, diese Aktion zu unterstützen.

Auf die Probleme der Altenfürsorge übergehend, betont GR. Hubinek, sie freue sich über alle Versuche, alte Menschen der Einsamkeit zu entreißen. Verbesserungen wären aber auch hier angebracht. In diesem Zusammenhang empfiehlt sie, die Initiative eines Bezirksvorstehers, der sich der Diabetiker in einem Altersheim besonders annimmt und für sie aus der WÖK ungesüßten Kaffee kommen läßt, auch in anderen Bezirken aufzugreifen. Was die Pakete zur Abgeltung für die Landaufenthalte alter Personen betrifft, ist die Debattenrednerin nicht davon überzeugt, daß der mit 75 Schilling angegebene Wert des Paketinhalts (Lebensmittel) dem Bedarf für 14 Tage entspricht. Um 75 Schilling kann man kaum die notwendigen Lebensmittel für zwei Wochen kaufen.

Als wichtigste Forderung auf diesem Gebiet aber bezeichnet GR. Dr. Hubinek jene nach einem umfassenden Konzept für die Altenfürsorge. Ein solches Konzept, das sich nicht nur damit begnügen sollte, für den Bau von Alters- und Pensionistenheimen vorzusorgen, sondern auch den Bau von Alterssiedlungen, Rehabilitationseinrichtungen, Werkstätten, Beratungsstellen usw. berücksichtigen müßte, sei noch immer nicht vorhanden. Aus der Überlegung heraus, wie notwendig ein solches Konzept sei, stellt sie den Antrag, ein Kuratorium für Altenbetreuung zu schaffen, das einen Landes-Altenplan ausarbeiten soll. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Der Wahlkampf geht weiter! Ihr werdet Euer Pulver zu früh verschießen!)

Besonders wichtig sei auch die geistige Aktivierung des alten Menschen. Versuche, den alten Leuten ein Hobby zu oktroyieren, sind allerdings fehlgeschlagen.

Einer gesetzlichen Regelung für die Körperbehinderten sehe man mit besonderem Interesse entgegen. Wesentlich erscheint hier die Definition des Begriffes Körperbehinderter, weil man sonst nie eine korrekte Zahl über den Personenkreis erhält.

Abschließend meint die Rednerin, daß man alle Fürsorgemaßnahmen mit offenen Augen verfolgen sollte, die anderswo durchgeführt werden. Wir sollten aus den Erfahrungen in anderen Ländern profitieren.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) beschäftigt sich gleichfalls mit dem Altenproblem. Sie erinnert daran, daß bereits 1958 unter Honay eine Enquete stattgefunden hat, bei der ein Altenplan aufgestellt wurde. Wir haben Altenwohnungen, Alterssiedlungen, wir haben

Klubs für gesellige Zusammenkünfte und ein Arbeitszentrum ist in Vorbereitung. Die Rednerin betont, sie wolle keineswegs sagen, daß schon alles getan ist. Wir brauchen vor allem den Ausbau von Arbeitsstätten, von Werkstätten. Man könnte sich hier an England ein Vorbild nehmen, wo eine Fabrik Räume zur Verfügung gestellt hat und Ausschußmaterial den Pensionisten zur Bearbeitung überläßt. Sie könnte sich auch vorstellen, daß in solchen Werkstätten kleinere Reparaturen durchgeführt werden.

Bei der Heimhilfe bedauert die Rednerin, daß hier zu wenig Propaganda gemacht wird. Die Subvention, die wir der Heimhilfe geben, erspart uns jedoch Spitalsbetten.

GR. Schlinger wendet sich gegen den Plan der Altendörfer, ähnlich den Kinderdörfern. Der alte Mensch kommt in das Dorf und schließt damit sein Leben ab, während das Kind weiß, daß es aus dem Kinderdorf in die Welt hinausgehen wird.

Abschließend erklärt die Rednerin, die Sozialisten betrachten die Fürsorge nicht als eine Geschenkaktion, sondern als eine moralische Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Hilfsbedürftigen. Wir wollen die Menschen nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, aber die ÖVP hält noch immer beim Armenvater.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß seine Fraktion der Sozialarbeit sehr positiv gegenübersteht. Gerade heute, in einer Zeit der Konjunktur, wäre ein weiterer Ausbau dieser Sozialarbeit möglich und dringend notwendig. Viele Probleme ergeben sich aus der Berufstätigkeit der Frau. 64 Prozent der Mütter gehen einer Arbeit nach. Diese Tatsache ist nicht zu beklagen, denn die Frau habe das gleiche Recht wie der Mann, einen Beruf auszuüben, und sie ist in ihrem Beruf auch nicht weniger tüchtig als er. Unser wirtschaftlicher Aufschwung wäre ohne Berufsarbeit der Frau nicht möglich gewesen. Die Wirtschaft müßte dieser Tatsache daher auch Rechnung tragen und einen Beitrag leisten, um der Frau die Arbeit zu ermöglichen. Die öffentlichen Kindergärten, Krippen, Horte und Tagesheimschulen reichen nicht mehr aus. Es wäre zu erwägen, von den Unternehmern in Form einer Umlage einen Beitrag für die Errichtung und Erhaltung derartiger Einrichtungen einzuheben. Schließlich haben ja auch sie den Vorteil aus der Arbeit der Frau. Der Platzmangel in unseren

Kinderkrippen und Kindergärten hat sich unerträglich verschärft. In verschiedenen Wiener Bezirken gibt es überhaupt keine Kinderkrippen. Der Redner fordert die Errichtung von Kinderkrippen in jedem Bezirk. In stark bevölkerten Bezirken müßte es sogar mehrere geben. Die im Bau befindlichen und geplanten Kindergärten müßten ehestens fertiggestellt werden. Schließlich müssen wir auch für die geburtenreichen Jahrgänge vorsorgen.

Ein besonders wichtiges Aufgabengebiet sind die Sonderkindergärten und Schulhorte. Diese Einrichtung hat sich hervorragend bewährt und müßte ebenfalls erweitert werden. Größte Bedeutung kommt auch den Tagesheimschulen zu. Leider sind im Voranschlag keine Ansätze für eine Vermehrung dieser Tagesheimschulen vorhanden. Für die Erweiterung des Kindergartenwesens ist aber auch das Vorhandensein von geschultem Personal notwendig. Eine bessere Einreihung und Bezahlung der Kindergärten würde sicherlich einen Anreiz für diesen Beruf bieten. Ähnlich ist es bei den Fürsorgerinnen, deren Arbeitskreis immer umfangreicher wird und deren Tätigkeit gleichfalls nicht entsprechend entlohnt wird. Man hat zwar vor einiger Zeit gewisse Arbeitserleichterungen und Vereinfachungen angekündigt, es ist jedoch noch nichts unternommen worden. Der Redner ersucht auch um Mitteilung, welche Erfahrungen man mit dem Institut für Heimerziehung gemacht hat und wie es sich bewährt. Er ersucht ferner bekanntzugeben, wie man jenen jungen Müttern bei der Beschaffung einer Wohnung geholfen hat, die nach einem Jahr das Mutter-Kind-Heim verlassen mußten. Es sind heute viele Kinder in Gemeindepflege, weil ihre Mütter keine Möglichkeit haben, zu einer Wohnung zu kommen und das Kind zu sich nehmen zu können.

Auch die Probleme der Erwachsenenfürsorge nehmen durch die höhere Lebenserwartung immer mehr an Bedeutung zu. Dank der intensiven Beschäftigung von Wissenschaft und Forschung mit den Altersproblemen und den sich daraus ergebenden Maßnahmen werden die Menschen heute älter als früher. Das schließt aber nicht aus, daß diese alten Menschen nicht die Hilfe der Gemeinschaft brauchen. Sie wollen so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und nicht in ein Alters- oder Pensionistenheim gehen. Aus diesem Wunsch muß man die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Die betagten Menschen müßten also von jenen Verrichtungen entlastet

werden, für die ihre Kräfte nicht mehr ausreichen. Hier muß die Gemeinde helfend eingreifen, denn nicht alle haben Familienangehörige oder Nachbarn, die ihre Betreuung übernehmen. Es müßte eine großzügige Organisation von Helferinnen für Haushaltsarbeiten ins Leben gerufen werden. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten würden die alten Menschen bestimmt auch einen finanziellen Beitrag für diese Hilfe leisten können. Man müßte sich mit allen Kräften darauf konzentrieren, auf dem Gebiet der Heimhilfe und Hauskrankenpflege eine Lösung zu finden.

Nach einem Hinweis auf den Personalmangel in den Fürsorge-Referaten, der die individuelle Betreuung sehr erschwert, schließt Gemeinderat Lauscher seine Rede mit der Anfrage, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Erledigung der Wiedergutmachungsanträge der Opfer des Faschismus zu beschleunigen. Wenn die Arbeit auf diesem Gebiet weiterhin so langsam vor sich geht wie bisher, dann wird es noch mindestens vier Jahre dauern, bis alle Anträge erledigt sind. Im übrigen stimmt seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zu.

Der nächste Debattenredner, GR. Kabesch (ÖVP), leitet seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, daß es in Österreich sehr wohl eine große Gruppe von Menschen gibt, die vor überspitzten Sozialleistungen warnt. In diesen Kritiken sei aber niemals das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien gemeint, sondern lediglich die Auswüchse der staatlichen Wohlfahrt. Anschließend gibt GR. Kabesch seiner Freude darüber Ausdruck, daß für die Jahre 1964 und 1965 wieder der Bau von 200 Wohnungen für alte Menschen vorgesehen ist. Leider wurden 1962 und 1963 keine solchen Wohnungen gebaut. Die Frage der Mietzinshöhe allerdings ist noch immer offen, und es wird in Zukunft den alten Menschen hoffentlich in erhöhtem Maß die Möglichkeit geboten werden können, sich diese Wohnungen auch leisten zu können.

Sodann greift GR. Kabesch das Problem der alten Hauswarte auf und erklärt, daß diese Leute schon bei der Schaffung des ASVG nicht genügend berücksichtigt wurden. Obwohl zwei Novellen zum ASVG eine Besserung auf diesem Gebiet herbeigeführt haben, ist die Lage der alten Hausbesorger noch immer nicht sehr rosig. Es fehlen vor allem Wohnungen für diese Leute. (Zwischenruf GR. Dr. Jakl, SPÖ: Bitte sich an die Hausbesitzer zu wenden!) Die

Hausbesitzer selbst haben jedoch nicht immer die Möglichkeit, diesen Leuten Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Daher sei es nach Meinung des Debattenredners notwendig, die alten Hausbesorger in den Rahmen der städtischen Wohlfahrtspflege einzu beziehen.

GR. Gratzl (SPÖ) beschäftigt sich anschließend mit dieser Forderung und stellt fest, daß es wohl nicht Aufgabe des städtischen Wohlfahrtswesens sei, Wohnungen für Hausbesorger zu beschaffen. Hier muß die private Hand eingreifen und dafür Sorge tragen, daß die alten Hauswarte, die ja für sie jahrelange treue Dienste geleistet haben, Wohnungen bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im weiteren sagt GR. Gratzl: Die Meinung verschiedener Leute, daß es in Zeiten der Hochkonjunktur nicht unbedingt notwendig sei, sich mit der Fürsorge zu befassen, trifft keinesfalls zu. Es gibt am Rand unseres hohen Lebensstandards zahlreiche Menschen, die der Hilfe bedürfen. Gerade in solchen Zeiten muß man aber diese Menschen suchen, weil sich viele von ihnen ihrer Armut schämen und sich nicht trauen um Hilfe zu bitten.

In der historischen Entwicklung des Wiener Wohlfahrtswesens sind bisher zwei Perioden zu erkennen. Die erste Periode fällt in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, wo es in Anbetracht des Notstandes galt, neue Formen der Fürsorge zu finden. In der zweiten Periode nach dem zweiten Weltkrieg, wieder in einer Zeit des Notstandes, mußte das begonnene Werk fortgesetzt werden. Zum Glück für unsere Stadt standen in beiden Perioden große Persönlichkeiten an der Spitze unseres Wohlfahrtswesens. Jetzt stehen wir am Beginn einer neuen, der dritten Periode: der Periode des gehobenen Wohlstandes. Und gerade jetzt müssen wir viele Schwierigkeiten erwarten, weil es in Konjunkturzeiten ungleich schwieriger ist das Wohlfahrtswesen zu leiten, als in Zeiten des Notstandes. Glücklicherweise steht in dieser dritten schwierigen Periode wieder eine große Persönlichkeit an der Spitze unseres Wohlfahrtswesens: Stadtrat Maria Jacobi. In diesem Zusammenhang dankt GR. Gratzl auch allen Mitarbeitern im Wohlfahrtswesen für ihre mit viel Liebe und Idealismus geleistete Tätigkeit.

Sodann beschäftigt sich GR. Gratzl mit einer Institution, die von großem Wert ist, leider jedoch viel zu wenig beachtet wird: die Aktion "Jugend am Werk".

Diese Einrichtung hat sich früher vor allem in der Zeit der Jugendarbeitslosigkeit sehr bewährt, heute aber befaßt sie sich in erster Linie mit der Arbeitsbeschaffung für körperbehinderte Jugendliche, mit der Einrichtung von Lehrwerkstätten und mit der Beratung jener Jugendlichen, die sich über ihre Berufswahl noch nicht im klaren sind. Die Aufgabe von "Jugend am Werk" besteht also vor allem darin, den Jugendlichen den richtigen Weg zur produktiven Tätigkeit zu zeigen. Was die Lehrwerkstätten anbelangt, kann auch hier von einem großen Erfolg gesprochen werden; auch die Wirtschaftstreibenden sind mit dieser Einrichtung sehr zufrieden.

Zur Schaffung eines Behindertengesetzes sagt GR. Gratzl, daß wir von uns aus alles dazu tun müssen, daß die letzte Volkszählung möglichst rasch ausgewertet wird, da dies die Voraussetzung für ein solches Gesetz ist.

Der Redner spricht dann über die Jugendbetreuung in den Heimen. Es wird alles unternommen, um die Heime schöner zu gestalten. Besonders das Heim Lindenhof ist eine Großtat. Dort werden die besten Erfolge erzielt. Im allgemeinen rühmt der Redner die gute Atmosphäre in den Heimen, daß auch musische Erziehung betrieben wird, die Heimbibliotheken, die Theater- und Kinobesuche und nicht zuletzt, daß sich auch die Speisefolge gegenüber früheren Jahren sehr verbessert hat. Es wird alles unternommen, um die Kinder und Jugendlichen wieder in die Gemeinschaft zu führen. Dieser so wichtige Teil der Jugendfürsorge muß daher in der Öffentlichkeit Verständnis finden. Wir fordern alle auf mitzuhelfen bei diesem großen Werk; was wir Sozialisten tun können, werden wir jedenfalls tun!

GR. Neset (FPÖ) warnt vor der Überspitzung des Wohlfahrtsstaates. Wir müssen vor allem den jungen Menschen sagen, daß wir nur so lange soziale Einrichtungen ausbauen können, solange der arbeitsfähige Teil der Bevölkerung leistungsbereit und verantwortungsbewußt mithilft, um die finanziellen Grundlagen für den Wohlfahrtsstaat zu schaffen. Erstes Ziel darf nicht die Pension sein sondern die Leistung!

Es wurde gesagt, daß die Ansätze dieser Geschäftsgruppe seit 1960 um 23 Prozent gestiegen sind. Hier handelt es sich um eine echte Steigerung, weil man auch den ständigen Rückgang der Zahl der öffentlich Befürsorgten berücksichtigen muß.

Beim Jugendamt beklagt der Redner den Mangel an geschultem Personal - Zu den Jugendheimen verlangt er, im Interesse der Wiener Wirtschaft ein großes Lehrlingsheim für unsere Stadt zu errichten. - Pflegekinder: Es muß das Ziel sein, so viel wie möglich Kinder in Familien unterzubringen, weil das beste Heim die Familie nicht ersetzen kann. Bedauerlich ist es, daß gerade von den begüterten Kreisen lediglich vier Prozent bereit waren, Pflegekinder anzunehmen. Andererseits werden manchmal auch Kinder genommen, nur um das eigene Kostgeld aufzubessern. Er stelle jedoch mit Freude fest, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Pflegeeltern den Kindern wirklich eine Heimstatt und damit eine schöne Jugend bietet. Der Redner begrüßt vor allem den Gedanken der Großfamilien.

Auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge erbringt die Stadt Wien Leistungen, deren sie sich nicht zu schämen braucht. Man müßte jedoch auch trachten, für jenen Personenkreis, der aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen kann, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Das derzeitige Lebensmittelpaket stehe in keinem Verhältnis zu einem vierzehntägigen Urlaub.

Zu begrüßen ist es, daß man von der seinerzeitigen Wärme-
stube zur Einrichtung der Pensionistenklubs gekommen ist. Leider gibt es aber auch hier einen fühlbaren Mangel an Mitarbeitern, vor allem an solchen, die in der Lage sind, sich mit den alten Menschen sinnvoll zu beschäftigen. Die Einrichtung der Bastlergruppen ist eine gute Idee, doch kranke sie daran, daß es sich nur um eine Beschäftigung um ihrer selbst willen handelt. Es sollte eine sinnvolle Verwendung für die gebastelten Arbeiten gefunden werden.

Die Frage der Heimhelferinnen wird nicht leicht zu lösen sein. Die Heimhilfe wird auch kaum dazu beitragen, die Altersheime fühlbar zu entlasten.

Als erfreulich bezeichnet der Redner das Wegfallen der Budgetpost "Flüchtlingsfürsorge". Es ist dies ein Zeichen dafür, daß man anscheinend langsam in der ganzen Welt daraufkommt, politische und weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten nicht mit Gewalt lösen zu müssen. Es soll dies ein Lichtblick für die Zukunft sein. Hier mitzuhelfen wird auch Aufgabe des Wohlfahrtsressorts sein, dessen Ansätzen die Fraktion der FPÖ gerne die Zustimmung geben wird.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) stellt fest, daß neben den vielen anderen fürsorgerischen Leistungen für die verschiedensten Altersgruppen eine der Hauptaufgaben des Wohlfahrtssektors die Jugendfürsorge ist. Eine der großen Aufgaben auf diesem Gebiet liegt in der Schaffung und Führung der Kindergärten. Die Gemeindeverwaltung tut alles in ihrem Bereich mögliche, um durch ihre Krippen, Kindergärten und Horte der Familie, vor allen Dingen der Mutter, zu helfen. Durch die steigende Geburtenrate und die große Zahl der berufstätigen Mütter wird die Nachfrage nach Kindergartenplätzen immer größer. Wenn gesagt wurde, daß rund 64 Prozent aller Mütter erwerbstätig sind, so heißt das, daß von hundert Kindern nur rund vierzig von ihrer Mutter in liebevoller Betreuung zu Hause erzogen werden können. 71 Prozent der Mütter haben von dem ihnen gesetzmäßig zustehenden Recht des Karenzurlaubes Gebrauch gemacht. Für diese Mütter, die nach einem Jahr wieder in ihren Beruf zurückkehren, besteht nun so wie für alle anderen berufstätigen Mütter die Sorge, wo und wie sie ihr Kind unterbringen können, denn nicht immer ist eine Großmutter oder andere Verwandte da, die sich des Kindes annimmt. Die Gemeinde Wien hat in den letzten vier Jahren jährlich 1.000 neue Kindergartenplätze geschaffen. Eine Reihe von Kindergärten steht vor der Fertigstellung. Für die derzeit in Wien lebenden 48.800 drei- bis sechsjährigen Kinder stehen rund 9.000 Plätze zur Verfügung. Der Aufwand für diese Kindergärten ist nicht gering. Man kann daher die Ansicht der GR. Hubinek nicht teilen, daß die Gemeinde Wien auch noch die privaten Kindergärten subventionieren müßte. 40 Prozent aller Produktionsgüter entstehen durch Frauenarbeit. Müßten nicht Industrie und Gewerbe daran interessiert sein, für die Kinder ihrer Mitarbeiterinnen eine gute Betreuungsmöglichkeit zu schaffen? Diese Mithilfe sollte nicht in der Form von Betriebskindergärten, die sich in manchen Fällen nicht sehr gut bewährt haben, geschehen, sondern in der Form von Zuschüssen. Darüberhinaus müßte auch der Bund, der große Einnahmen aus den Steuern der berufstätigen Frauen erzielt, einen Beitrag für die Kindergärten leisten.

Die Rednerin dankt abschließend unseren Sozialarbeitern, den Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen und Erzieherinnen, für ihre hervorragende Arbeit. Niemand kann durch Geld oder Besser-

reihung den Idealismus und die hohen Ziele abgelenken, die sich diese Frauen setzen. Sie sehen in der Betreuung der ihnen anvertrauten Kinder nicht nur ihren Beruf sondern ihre Berufung, so wie dies bei einer guten Krankenschwester der Fall ist. In ihren bewährten Händen liegt große Verantwortung, müssen sie doch täglich für viele Stunden den Kindern die Mutter ersetzen. Wir wissen, daß die Kinder bei unseren gut geschulten Kindergärtnerinnen in bester Hand sind. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) stellt fest, daß die Wohlfahrtspflege so ausgebaut werden müßte, daß tatsächlich jedem Bedürftigen geholfen werden kann. Es müßten alle gemeinsam daran arbeiten um diese Möglichkeit zu schaffen. Eine Koordinierung der öffentlichen und privaten Fürsorge wäre aus diesem Grunde wünschenswert. Die Leistungen der privaten Kindergärten müßten entsprechend gefördert werden. Derzeit gibt es in Wien ungefähr 85 Kindergärten privater Stellen, in denen mehr als 6.000 Kinder untergebracht sind. Es werden also durch die private Initiative Aufgaben der Gemeinde übernommen. Es sei daher bedauerlich, daß die Gemeinde Wien diese Leistungen nicht anerkennt und subventioniert. Als vor einigen Monaten der Kindergarten der Pfarre Sankt Trigitta dringende Instandsetzungsarbeiten vornehmen mußte, haben die Eltern und Verwandten der dort untergebrachten Kinder durch Blutspenden die notwendigen Mittel für die Renovierung aufgebracht. Es zeuge also nicht gerade für das soziale Herz der Gemeindeverwaltung, in derartigen Fällen nicht zu helfen. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Ihr habt uns lange genug den Vorwurf der Fürsorgeinflation gemacht!) Die Rednerin verweist auch auf die wertvolle Tätigkeit der Caritas in der Kinder- und Jugendbetreuung und dankt den vielen Helferinnen, die vielfach nur um "Gottes Lohn" dort tätig sind.

Die Rednerin fordert die Schaffung eines modernen Kindertagesheimstättengesetzes, weil es notwendig ist, diese Materie und den ganzen damit zusammenhängenden Komplex auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen.

Ein von ihr und GR. Dr. Hubinek eingebrachter Antrag verlangt, nach Verlegung des Magistratischen Bezirksamtes für den 4. Bezirk von der Preßgasse in die Favoritenstraße und Abbruch des alten Amtshauses dort eine städtische Kindertagesheimstätte zu errichten. Die Rednerin regt auch eine Koordinierung in der Planung zwischen privaten und städtischen Kindergärten an. In Gebieten, in denen bereits private Kindergärten bestehen, müßten nicht unbedingt städtische errichtet werden, so lange in anderen Gebieten noch großer Mangel besteht.

Zur Frage der Lehrwerkstätten stellt GR. Hiltl fest, daß in Wien derzeit 20.000 Lehrlinge von privaten Lehrherren ausgebildet werden. Diese privaten Lehrherren haben seit Jahren bewiesen, daß sie es durchaus verstehen, die Jugendlichen richtig auszubilden. Jährlich machen 5.000 Lehrlinge die Gesellenprüfung, über 80 Prozent von ihnen bestehen sie mit Erfolg. Es erhebt sich die Frage, ob die Lehrlinge, die aus den Lehrwerkstätten kommen, jeden einzelnen Kunden individuell genau so gut behandeln können wie die privat ausgebildeten Lehrlinge.

Auf dem Gebiet der Jugenderholung müßte überlegt werden, ob es nicht möglich wäre, Kinder gemeinsam mit ihren Eltern auf Erholung zu schicken. Es müßten sich Wege zur Verwirklichung dieser Anregung finden lassen. Ein Caritas-Heim in Edlitz zum Beispiel ermöglicht es seit einiger Zeit ganzen Familien, ihre Sommerurlaube dort zu verbringen. Wenn es schon nicht anders geht, dann müßten wenigstens solche Versuche unterstützt und gefördert werden.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV werde die ÖVP-Fraktion zustimmen.

GR. Böhm (FPÖ) regt an, Hausfrauen und werktätige Mütter im Rahmen der Heimhilfe bevorzugt zu betreuen. Die Gruppe dieser Frauen umfaßt bereits 64 Prozent aller Wienerinnen. Vor allem die Männer wissen sich ja nicht zu helfen, wenn die Hausfrau plötzlich krank wird und sie auch aus der Verwandtschaft keine Hilfe bekommen können. Um eine Verbesserung der Heimhilfe zu erreichen, wäre es schließlich auch notwendig, den Krankenpflegerinnen, die in der Heimhilfe tätig sind, mehr zu bezahlen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) meint zur Forderung von GR. Kabesch (ÖVP), die Fürsorge sollte den alten Hauswarten Wohnungen zur Verfügung stellen, auf einen Appell der ÖVP hätten sich bisher nur zwei Hausbesitzer gemeldet, die für die alten Hausbesorger etwas tun wollen.

Im Zusammenhang mit anderen Forderungen und Vorwürfen aus den Reihen der ÖVP zeigt GR. Mayr anhand mehrerer Beispiele auf, wie schlecht die Lage auf dem Gebiet des Fürsorge- und Wohlfahrtswesens im Wien jener Jahre gewesen ist, in denen die Bürgerlichen an der Spitze der Stadtverwaltung standen. Mit dem Bau von Kindergärten wurde erst im sozialistisch verwalteten Wien begonnen. In den Jahren 1920 bis 1933 wurden 97 Kindergärten gebaut, heute stehen 189 Kindergärten und Kinderheimstätten zur Verfügung. Dies sei das alleinige Verdienst der Sozialisten. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es bei der Eingemeindung der Vorstädte im Jahre 1891 im bürgerlich verwalteten Wien keinen einzigen Kindergarten gegeben hat; erst die eingemeindeten Vorstädte haben damals 14 Kindergärten "mitgebracht". 1936 war jeder fünfte Wiener von der Fürsorge erfaßt. Aus einem Fürsorgebuch, das damals jedem Befürsorgten zugeschickt wurde, geht hervor, wie wenig diese Leute bekamen. Seien wir froh, daß diese Zeit vorbei ist, und seien wir glücklich, daß heute so viele Mittel dem Wohlfahrtswesen zur Verfügung stehen!

Im Schlußwort dankt Stadtrat Maria Jacobi allen Diskussionsrednern und beantwortet einige aufgeworfene Fragen:

Heimhilfe für werktätige Mütter und Hausfrauen: Damit kann sofort begonnen werden, wenn genügend Helferinnen und Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen. Gegenwärtig ist dies jedoch nicht der Fall. Leider waren mehrere Aufrufe in Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen an die Wiener Frauen, sich als Mitarbeiterinnen für die Heimhilfe zu melden, wenig erfolgreich. Auch mit der Halbtagsbeschäftigung sieht es nicht sehr günstig aus, da sich nur wenige Frauen dazu melden. Wir werden jedoch unser Möglichstes tun, um den Mitarbeiterstab der Heimhilfe zu vergrößern.

Personalmangel in den Kindergärten: Es ist gelungen, den herrschenden Personalmangel durch die Aufnahme von 30 Helferinnen

einigermaßen zu überbrücken. Diese Helferinnen werden den diplomierten Kindergärtnerinnen zur Seite stehen und nebenbei als Externisten die Möglichkeit haben, auch die Kindergärtnerinnen-Prüfung abzulegen. Die Referentin kündigt eine verstärkte Propagierung des Fürsorgerinnenberufs an.

Sie ist nicht der Meinung, daß Pflegeeltern aus reiner Berechnung Pflegekinder aufnehmen. Außerdem wird jede Familie vom Wohlfahrtsamt genau geprüft.

Der Betrag für die Lebensmittelpakete für jene, die nicht auf Urlaub fahren können, wurde auf 100 Schilling erhöht. Damit kann ein sehr schönes Paket zusammengestellt werden.

In jedem Jahr bemühen wir uns, die Leiter in den Pensionistenklubs zu schulen. Die Beschäftigungsgruppen haben sich heuer verdoppelt; es gibt acht solcher Gruppen.

Zum Antrag der ÖVP auf Errichtung eines Kindergartens in der Preßgasse: es steht nicht fest, ob der Platz überhaupt zur Verfügung stehen wird. Es hätte aber keines Antrages bedurft, daß die Gemeinde Wien dort einen Kindergarten baut, wenn der Platz dafür vorhanden ist.

Schon in meiner ersten Budgetrede, so betonte Frau Stadtrat Jacobi, habe ich den Appell an die Wiener Industrie gerichtet, auch Kindergärten zu bauen.

Keine Vermehrung der Zahl der Tagesheimschulen? Seit 1960 haben wir vier neue Tagesheimschulen für 587 Kinder errichtet, ferner vier Tagesheimschulen um sieben Gruppen für 217 Kinder erweitert.

Der Erfolg des Institutes für Heimerziehung: wir hatten 20 Schülerinnen, die alle in Heimen der Stadt Wien tätig sind. Gegenwärtig haben wir 38 Schüler, darunter erfreulicherweise auch elf Männer.

Eine Einschaltung der Fürsorgeräte bei der Betreuung auch der alten Menschen geschieht bereits.

Opferfürsorgereferat: Wir haben bis 31. Oktober von 60.720 eingelangten Anträgen die Hälfte erledigt. Der Rest wird in den nächsten zwei Jahren erledigt werden können.

Die Anregung, eine Werkstätte in Pensionistenheimen einzurichten, werden wir gerne aufgreifen.

Zu den Ausführungen von GR. Nora Hiltl bemerkt Stadtrat Maria Jacobi: hier scheiden sich die Geister. Wir Sozialisten

verstehen unter Subsidiarität etwas anderes, nämlich, daß die Öffentlichkeit dort einzugreifen hat, wo der einzelne oder seine Familie nicht imstande ist, sich aus eigenem zu helfen. Die ÖVP versteht darunter, daß die Öffentlichkeit den privaten Organisationen die Mittel zur Verfügung stellt, damit diese die Fürsorge leiste. Wir werden dafür sorgen, daß jeder der in dieser Stadt eine Fürsorgeleistung benötigt, was immer es sei, daß jeder diese Hilfe in Anspruch nehmen kann, weil er ein Recht darauf hat. Dieser Grundsatz, den Professor Tandler aufgestellt hat, wird für die Sozialisten weiter Grundsatz bleiben. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP (Kindergarten und Altenplan) werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Helene Potetz unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Mittwoch, 9 Uhr früh, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Glück (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Johann Kaspar Danzer zum Gedenken

=====

10. Dezember (RK) Auf den 11. Dezember fällt der 200. Geburtstag des ersten österreichischen Stenographen Johann Kaspar Danzer.

Er wurde in Freising geboren, das damals zu Salzburg gehörte, und trat in die österreichische Armee ein. Im dritten Koalitionskrieg geriet er in französische Gefangenschaft und lernte in Paris Bertin kennen, der die Stenographie des Engländers Samuel Taylor in Frankreich populär zu machen suchte. 1800 kehrte er nach Wien zurück und setzte seinen Militärdienst fort. Am 21. Mai 1805 ist er als Major in der Schlacht von Aspern gefallen. Danzer hat das Verdienst, als erster die Kurzschrift in Österreich gelehrt und propagiert zu haben. 1801 erschien sein Buch "Das allgemeine System der Stenographie des Herrn Samuel Taylor." Aus der englischen und französischen angewendet auf die deutsche Sprache." Nach dem System Danzers erfolgte in Österreich der erste Stenographieunterricht. Graf Kinsky, der Kommandant der Wiener Neustädter Militärakademie, führte es in den Lehrplan ein. Noch im Jahre 1822 erschien in den Professorenlisten der Akademie ein Stenographielehrer.

- - -

Wieso kam es zu dem Zusammenstoß auf der Linie 360?
=====

10. Dezember (RK) Nach den Erfahrungen des vorangegangenen Samstags war es notwendig, zur Zeit der Frühverkehrsspitze den Verkehr zu verstärken. Es mußte daher ein neuer Samstagsfahrplan mit eingebauten Verstärkungsfahrten in relativ kurzer Zeit verfaßt werden. Hierbei entstanden bei Übertragung der fahrplanmäßig festgelegten Kreuzungsstellen in die Betriebsanweisung Übertragungsfehler. Ein bedauerliches menschliches Versagen, das bisher noch nicht vorgekommen ist. Hierzu kam, daß an diesem Tag Verspätungen auf der eingleisig betriebenen Strecke auftraten. Durch die Verkettung beider unglückseliger Umstände ereignete sich die Zugsbegegnung im eingleisigen Streckenteil zwischen der Ausweiche Liechtenstein und der Endstelle Mödling. Die Zugsbegegnung, die in einer schlecht übersehenen Kurve erfolgte, führte zum Zusammenstoß, weil sich die Fahrer der gegeneinander fahrenden Züge erst auf kurze Entfernung sehen konnten und trotz sachgemäß durchgeführter Notbremsung nicht mehr in der Lage waren, die Züge zeitgerecht anzuhalten.

- - -

Erste Versuche am Donaumodell
=====

10. Dezember (RK) Im Freudenauer Hafen wurde ein großes Modell des Donaustroms im gesamten Raum von Wien errichtet, mit 300 Meter Länge das größte hydraulische Modell in Europa. Im Maßstab 1 : 100 plätschert dort die Donau zwischen Stromkilometer 1.941 bei Klosterneuburg und Stromkilometer 1.910 bei Mannswörth dahin. Es ist aber nicht mehr die Donau, die wir Wiener alle kennen, sondern eine zweigeteilte Donau, wie sie nach dem Hochwasserschutzprojekt aussehen soll, das von der Stadtplanungskommission im Prinzip genehmigt wurde.

Die Zukunft, die also im Modell schon begonnen hat, sieht ungefähr so aus: Bei Lang-Enzersdorf teilt sich der Donaustrom in das alte Strombett und in einen Hochwasserentlastungskanal, der entlang dem Hubertusdamm im heutigen Überschwemmungsgebiet ausgehoben werden soll. Das Aushubmaterial wird gleich dazu verwendet, einen ungefähr 230 Meter breiten hochwassersicheren Mittelstreifen zwischen Kanal und Strom anzulegen. Dieser Streifen soll Erholungszwecken dienen. Kurz vor der Einmündung des Donaukanals wird auch der Entlastungskanal wieder in den Strom münden.

Ein so großes Projekt kann natürlich nicht nur auf dem Reißbrett berechnet werden. Hier sind umfangreiche Modellversuche notwendig, die Professor Dr. Grzywiński von der Technischen Hochschule Wien durchführen wird.

Heute nachmittag wurde Bürgermeister Jonas von dem Gelehrten das Modell in Betrieb vorgeführt. Stadtrat Heller und Stadtbau-
direktor Dipl.-Ing. Dr. Koller wohnten diesem ersten "Probelauf" ebenfalls bei. Im Sommer sollen die Versuchsreihen abgeschlossen sein, bei denen alle hydraulischen Probleme untersucht werden sollen, ebenso die Probleme der Flußbettbildung, der Schifffahrt und der zukünftigen Kraftwerkstufen Klosterneuburg und Freudenau.

Schweinehauptmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: O. Neuzufuhren Inland: 4.880. Polen 866, Ungarn 1.475, Rumänien 349. Gesamtauftrieb: 7.570. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 15.70 bis 16 S, 1. Qualität 15.30 bis 15.70 S, 2. Qualität 14.80 bis 15.30 S, 3. Qualität 14 bis 14.80 S, Zuchten extrem 13.20 bis 13.50 S, Zuchten 12.50 bis 13 S, Altschneider 10 bis 11.50 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.50 bis 14.70 S, Rumänien 14 bis 14.80 S, Ungarn 13.50 bis 14.70 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 68 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 15.10 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 34 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.23 S.

In der Woche vom 30. November bis 6. Dezember wurden 2.729 Schweine außer Markt bezogen.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 10. Dezember

=====

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 135 Stück, hievon 10 Fohlen und 1 Maultier. Als Schlachttiere wurden 104 Stück, als Nutztiere 15 Stück verkauft, unverkauft blieben 16 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 80, Oberösterreich 26, Burgenland 16, Steiermark 6, Kärnten 2, Salzburg 4.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12.50 bis 14.30 S, Pferde extrem 7.40 bis 7.60 S, 1. Qualität 7. bis 7.30, 2. Qualität 6.60 bis 6.90 S, 3. Qualität 5.50 bis 6.50 S, Nutztiere Pferde 6.30 bis 8 S.

Auslandsschlachthof: 115 Stück aus der CSSR, 6 bis 8 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um einen Groschen und ermäßigte sich für inländische Schlachtfohlen um 73 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: frü Schlachtpferde 7.02 S, für Schlachtfohlen 13.27 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.08 S, für Pferde und Fohlen 7.42 S.

- - -